

Jörg Ganzenmüller, Julia Landau, Franz Waurig (Hg.)

TRANSFORMATION DES GEDENKENS

Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit





Jörg Ganzenmüller, Julia Landau, Franz Waurig (Hg.)

TRANSFORMATION DES GEDENKENS

Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit

BÖHLAU



Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen FKZ 01 UJ 1907 AY gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2024 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wagingen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Graffiti am Denkmal „Den Opfern kommunistischer Gewalt 1945–1989“ in Arnstadt, Dezember 2008. Archiv der Geschichtswerkstatt Jena e.V.
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Korrektur: Volker Manz, Kenzingen
Satz: Bettina Waringer, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN (e-book): 978-3-412-52876-8

INHALT

Historische Kontexte

Jörg Ganzenmüller/
Julia Landau/Franz Waurig
Einleitung

8

Jens-Christian Wagner
Gedenken braucht Wissen

Plädoyer für ein reflexives Geschichtsbewusstsein 16

Julia Landau
Alliierte Verhaftungen und sowjetische
Speziallager

Ein Überblick 26

Dorothee Riese/Franz Waurig
Von „Schweigelagern“ und „Sowjet-KZs“

Anmerkungen zur Begriffsgeschichte 44

Annette Weinke

Erinnerung vor Gericht

Juristen zwischen Leipzig, Mühlberg und Karlsruhe 62

Christina Ramsch/Franz Waurig

„Wo beginnt der
Nazi und wo hört er auf?“

Die Erinnerung an verhaftete (Ober-)Bürgermeister 76

Denkmalsdokumentation

Jörg Ganzenmüller

Historische Sinnstiftung und
geschichtspolitische Interessenvertretung

Zwei Gedenktafeln zur politischen Haft in Erfurt 102

Franz Waurig Zweifacher Erinnerungsort Die Gedenktafeln am Weimarer Amtsgerichtsgebäude	114	Julia Landau „Stärkstes Unrecht“? Das Ehrengrab für die in Waldheim und Hoheneck Verstorbenen auf dem Chemnitzer Zentralfriedhof	178
Franziska Mendler „Gedenkstein passt nicht mehr“? Erinnerungszeichen an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und an sowjetische Verhaftungen in Tannroda	134	Anhang	
Julia Landau Gedenken mit Korrektur Die Gedenkstellen für die verstorbenen Häftlinge der Haftanstalt Untermaßfeld auf dem Meininger Parkfriedhof	142	Julia Landau/Franziska Mendler/Franz Waurig „Wie erinnern?“ Arbeitsmaterialien für Recherchen vor Ort	194
Franziska Mendler Grenzüberschreitung Ost-West-Erinnerung an Verhaftungen in Küllstedt	156	Abkürzungsverzeichnis	197
Enrico Heitzer „Rechts abbiegen am Gisela-Gneist-Platz? Bitte nicht!“ Die Diskussion um eine Straßenbenennung nach Gisela Gneist in Oranienburg	162	Literaturauswahl	200
		Autor:innenverzeichnis	203

Historische Kontexte



Protest der „Jungen Union“ während der Gedenkveranstaltung zum 45. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald, 7. April 1990. Bundesarchiv, Bild 183-1990-0407-018, Fotograf: Jürgen Ludwig.

Jörg Ganzenmüller/
Julia Landau/Franz Waurig

EINLEITUNG

Der Fest- und Gedenkkalender der DDR für das Jahr 1990 wäre an Höhepunkten reich gefüllt gewesen. Im April stand der 45. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald bevor, einen knappen Monat später waren der 100. Jahrestag des Maifeiertages und der XII. Parteitag der SED geplant. Manifestationen und Kundgebungen sollten die Veranstaltungen rahmen und das feste Bündnis zwischen der Bevölkerung und der führenden Partei bezeugen. Doch es kam anders. Die Demonstrationen vom Herbst 1989 und der Niedergang des alten Regimes machten die bisherigen Planungen, Festzeremonielle und Gedenkrituale zu Makulatur. Die neue gesellschaftliche Situation führte auch zu einer öffentlichen Thematisierung bisheriger Tabus der jüngsten Geschichte und zu der Frage, wie diese öffentlich repräsentiert werden sollten. Zu diesen „weißen Flecken“ gehörten die sowjetischen Verhaftungen, Verurteilungen und Speziallager in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Seit November 1989 meldeten sich in zunehmender Zahl Betroffene und Angehörige, die in den Medien der DDR, aber auch in Briefen an staatliche

Stellen über ihre Schicksale berichteten und eine Aufarbeitung dieses Kapitels deutsch-sowjetischer (Nach-) Kriegsgeschichte einforderten. Nicht selten waren diese Bemühungen mit Hoffnungen auf eine juristische Rehabilitierung und materielle Entschädigung verbunden. Die beiden Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen – eingeweiht 1958 und 1961 – sahen sich nun mit der „zweiten Geschichte“ der ehemaligen Lagerstandorte konfrontiert, die die sowjetische Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1950 als Speziallager genutzt hatte. Unmittelbar vor dem 45. Jahrestag der Befreiung 1990 wurden in der Umgebung beider Orte Massengräber mit Toten aus der Nachkriegszeit gefunden. Dem ersten Schock folgte eine emotional geführte Debatte über den Zweck der Inhaftierungen und die Zusammensetzung der Lagerinsassen, die über mehrere Jahre andauerte und bis heute nachwirkt. Von Betroffenen, Initiativgruppen und anderen Akteur:innen wurden an zahlreichen Orten ehemaliger Lager, Gefängnisse und provisorischer Haftstätten Erinnerungszeichen gesetzt. Sie dienen – wie etwa das erste

Jörg Ganzenmüller/Julia Landau/Franz Waurig

Gedenkkreuz auf dem Gräberfeld in Buchenwald vom Februar 1990 – zuweilen auch als Ersatz für die fehlenden Grabsteine der zu Tode gekommenen Verhafteten und geben den Angehörigen einen Ort für ihre Trauer.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte sowjetischer Verhaftungen und Speziallager dauert seit den frühen 1990er Jahren an. Im Rahmen eines Kooperationsprojekts erschlossen Wissenschaftler:innen die wichtigsten Aktenmaterialien russischer Archive und machten sie der Öffentlichkeit zugänglich. Anhand des gehobenen Materials war es erstmals möglich, Anfragen beantworten und zur Klärung von Schicksalen beitragen zu können. Das individuelle Gedenken vor Ort und die Aufarbeitung in den Gedenkstätten und anderen Forschungseinrichtungen gingen dabei in den letzten dreißig Jahren nicht ohne Auseinandersetzungen vonstatten. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten fanden und finden nur einen begrenzten Kreis an Rezipient:innen; sie werden in der öffentlichen Auseinandersetzung kaum wahrgenommen. Das Umschlagfoto des vorliegenden Sammelbandes zeigt das Problem deutlich: Im August 2008 wurde in der Arnstädter Rosenstraße, unweit der ehemaligen sowjetischen Kommandantur, nach langen Auseinandersetzungen ein Denkmal mit der Inschrift „DEN OPFERN / KOMMUNISTISCHER GEWALT / 1945 – 1989“ gesetzt. Maßgeblichen Zuspruch erhielt das Arnstädter Projekt vom damaligen Oberbürgermeister Hans-Christian Köllmer.¹ Bereits im Dezember 2008 kam es zum Eklat: Unbekannte besprühten das Erinnerungszeichen mit den Graffiti „Das war / nicht der / Kommunis / mus“ und „GEGEN / GESCHIC / HTSRE / VISIONIS / MUS“. Die

regionale Presse berichtete über den Vorfall ausführlich, auch eine öffentliche Veranstaltung folgte. Geändert hat sich seitdem indes wenig: Das eine Gefängniszelle und einen Drahtzaun symbolisierende Denkmal fristet bis heute ein tristes Dasein. Die Aktivitäten im Umfeld erschöpfen sich auf wenige jährliche Gedenkakte.

Der vorliegende Sammelband macht dieses Spannungsfeld zwischen den erinnerungskulturellen Praktiken und einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Er ist das Ergebnis vierjähriger Arbeit des Forschungsverbundes „Diktaturerfahrung und Transformation. Biografische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“. Seit 2019 beteiligen sich die Universitäten Jena und Erfurt, die Stiftung Ettersberg und die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in insgesamt elf Teilprojekten an der Erforschung der „langen Geschichte der Wende“ zwischen 1970 und 2010. Der Verbund möchte „eine Erfahrungsgeschichte der späten DDR und der Transformationszeit schreiben, die einem breiten Spektrum von auch widersprüchlichen Erfahrungen Platz gibt und dadurch dazu beiträgt, dichotomische Perspektiven zu überwinden.“² Die tagesaktuellen Kontroversen werden durch einen „Erinnerungskonflikt“ geprägt, der – so die Annahme des Verbundes – auf den kollektiven Erfahrungen aus der Zeit *vor und nach* dem Ende der DDR basiert. Die Gedenkstätte Buchenwald widmet sich im Teilprojekt „Gedenken ohne Wissen?“ der Erinnerung an sowjetische Verhaftungen und Speziallager. Das Projektteam beschäftigt sich mit der erinnerungskulturellen Praxis vor Ort und erforscht die Entstehung von Er-

innerungszeichen zur Thematik in Thüringen und den angrenzenden Gebieten Sachsens und Sachsen-Anhalts.

Zum Inhalt

Die Herausgeber:innen waren bestrebt, die Deutungskämpfe um die Erinnerung an sowjetische Verhaftungen und Speziallager durch eine Vielzahl von Beiträgen verschiedener Autor:innen aufzuzeigen. Der Band gliedert sich dabei in zwei Teile. Neben Beiträgen zum historischen Kontext werden in einem zweiten Teil einzelne Erinnerungszeichen, deren Entstehung und erinnerungskulturelle Nutzung in den Blick genommen. Der Band versteht sich auch als Handreichung zur weiteren Recherche, die von Geschichtsinteressierten für das Forschen vor Ort genutzt werden kann. Bereits gesetzte, aber auch in Planung befindliche Gedenktafeln und -steine sind eng mit den Biografien von Personen verbunden, die an den betreffenden Orten verhaftet oder gefangen gehalten wurden, zu Tode kamen oder beerdigt wurden. Häufig wurden in der Planungsphase, aber auch im Nachgang der Einweihungen von Erinnerungszeichen Diskussionen um die äußere Gestaltung und die gewählten Inschriften laut. Die Kritik kam von Verhafteten und ihren Angehörigen, stärker jedoch noch von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder Gedenkstätten.

Wie wichtig die Aneignung von Wissen für die Ausprägung eines reflexiven Geschichtsbewusstseins ist, verdeutlicht Jens-Christian Wagner im ersten Beitrag des Sammelbandes. Gleichzeitig verweist er auf die Potentiale einer kritischen Untersuchung und Befragung

von Erinnerungszeichen an die Opfer zweier deutscher Diktaturen für die historisch-politische Bildungsarbeit in Schulen, Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Aufarbeitung und Deutung alliierter Verhaftungen und Internierungslager führen seit Jahrzehnten wiederholt zu Auseinandersetzungen. Julia Landau zeigt in ihrem einführenden Beitrag die Hauptmotivationen für die Verhaftungen und Internierungen durch die Besatzungsmächte auf und benennt Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Vorgehens vor dem Hintergrund des sich entwickelnden Kalten Krieges. Anhand mehrerer Zeitzeugenberichte wird der schwierige individuelle Umgang mit dem Thema zwischen Instrumentalisierung, Tabuisierung und Aufarbeitung in den folgenden Jahrzehnten ersichtlich.

Deutungskämpfe um die sowjetischen Speziallager gibt es seit ihrer Existenz auch auf sprachlicher Ebene, wie Dorothee Riese und Franz Waurig in ihrem Beitrag verdeutlichen. Die unterschiedlichen Bezeichnungen der Lager stehen als Beispiele für die Gleichsetzung mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, für Viktimisierungs- und Verdrängungstendenzen, aber auch für die Verschleierung stalinistischer Repression. Vor allem während der heißen Phase des Kalten Krieges in den späten 1940er und 1950er Jahren wurde in der Bundesrepublik intensiv über die zuweilen als sowjetische „KZs“ bezeichneten Haftorte publiziert, in der DDR dagegen von „Internierungslagern für Nazi-Kriegsverbrecher“ gesprochen. In der öffentlichen Debatte um die Speziallager wurde ab 1989/90 vielfach auf diese Begriffe zurückgegriffen.

Jörg Ganzenmüller/Julia Landau/Franz Waurig

Einen Fall jüngster Auseinandersetzung mit der Geschichte sowjetischer Verhaftungen nimmt Annette Weinke in den Blick. Im Mittelpunkt ihres Artikels steht die Diskussion um die Gedenktafel für die verhafteten Mitarbeiter des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft. Das Erinnerungszeichen wurde 1957 im Großherzoglichen Palais des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe gesetzt. Neuere Forschungen verweisen auf die Beteiligung der betreffenden Juristen an NS-Unrechtsurteilen und führen zu der Frage, wie mit der Tafel in Zukunft – fernab eines zusätzlichen Hinweisschildes zur historischen Einordnung – umzugehen sei.

Einem Ort wechselhafter Geschichte widmet sich Franz Waurig, der die Entstehung mehrerer Gedenktafeln am Weimarer Amtsgerichtsgebäude aufzeigt. Die dortige Tafel für die „unschuldigen Opfer stalinistischen Terrors“ von 1992 gehört zu den ersten ihrer Art in Weimar – allerdings spielt sie in der kollektiven Erinnerung der Stadtgesellschaft bis heute keine Rolle. Gemeinsam mit Christina Ramsch wendet er sich in einem weiteren Beitrag der Erinnerung an verhaftete (Ober-)Bürgermeister zu. Beide Wissenschaftler:innen wählten für ihren Text Biografien aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt aus, anhand derer sie exemplarisch die Schwierigkeiten für ein angemessenes öffentliches Erinnern aufzeigen: Das Wirken der bereits vor 1945 tätigen Stadtoberhäupter ist eng mit der NS-Gewaltherrschaft vor Ort verbunden, die sie durch ihr Handeln mittragen und in unterschiedlichem Maße förderten. Dieser Umstand kollidiert mit einer häufig anzutreffenden einseitigen Wahrnehmung der (Ober-)Bürgermeister als bodenständige, vermeintlich NS-kritische Politiker,

deren Handeln auf die wirtschaftlich-soziale Prosperität ihrer Orte ausgelegt gewesen sei und die daher unschuldig Opfer stalinistischer Repressionen geworden seien. In dem Beitrag finden sich aber auch Biografien von Personen, die erst in der Nachkriegszeit ihre Ämter übernahmen und kurze Zeit später von Verhaftungen betroffen waren.

Mit einem wichtigen Akteur der Erinnerung an sowjetische Verhaftungen beschäftigt sich Jörg Ganzenmüller. Die bundesdeutsche Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) wurde von ehemaligen Speziallagerinsassen 1950 gegründet und weitete ihr Betätigungsfeld 1989/90 auf die DDR aus. Durch publikumswirksame Veranstaltungen versuchte sie, die Belange ihrer Mitglieder – juristische Rehabilitierung, finanzielle Entschädigung und öffentliches Gedenken – zu vertreten und einzufordern. Die Genese zweier Gedenktafeln am Erfurter Gefängnis Andreasstraße und an einem weiteren ehemaligen Haftort in der Alfred-Hess-Straße zwischen 1991 und 1994 steht symptomatisch dafür.

Franziska Mendlert führt in ihren beiden Beiträgen in das Weimarer Umland und das Eichsfeld. Sie beschäftigt sich mit dem Streit um eine „Todesmarsch-Gedenkstele“, die 1984 in Tannroda bei Bad Berka gesetzt wurde und Anfang der 1990er Jahre einem „Mahnmal für die Opfer aller Gewaltherrschaften“ weichen sollte, das nie realisiert wurde. Der Fall steht exemplarisch für den teilweise unreflektierten Umgang mit den DDR-Denkmalern für die „Opfer des Faschismus“ unmittelbar nach der Vereinigung und die entkonkretisierten, gleichsetzenden Anwendungen einer neuen gesamtdeutschen Gedenkkultur. In ihrem zweiten Artikel widmet sich

Franziska Mendler der Erinnerung an die Verhaftungen, Verurteilungen und öffentlichen Erschießungen mehrerer Küllstedter Einwohner im Sommer 1945. Die geografische Lage des Eichsfeldes und die eng verwobenen Familienbande führten zu einer grenzüberschreitenden Gedenkpraxis, die zudem durch das vorherrschende katholische Milieu geprägt war.

Nicht für alle, die sich noch 1950 in den Speziallagern befanden, endete die Internierung und Haftzeit mit der Auflösung der Lager. Nur knapp die Hälfte wurde entlassen, 10.500 Häftlinge an den DDR-Strafvollzug übergeben. Die Justizorgane des noch jungen Staates verurteilten weitere 3432 Personen nachträglich in den „Waldheimer Prozessen“. Mit der Erinnerung an die Anfang der 1950er Jahre in den DDR-Haftanstalten Untermaßfeld, Waldheim und Hoheneck verstorbenen Gefangenen beschäftigt sich Julia Landau in zwei Beiträgen. Die darin untersuchten Erinnerungszeichen befinden sich auf vormals anonymen Grablagen in Meiningen und Chemnitz, die in den 1990er Jahren gekennzeichnet wurden. Sie weist – anknüpfend an die Diskussion um den ehemaligen KZ-Kommandoführer Josef Ebenhöf in Meiningen – auf die Notwendigkeit hin, sich mit den Biografien der Verstorbenen im Vorfeld der Setzung von Erinnerungszeichen näher zu befassen, und betont in diesem Zusammenhang auch den Bedarf an weiterer Forschung zu den Waldheimer Prozessen.

Eng verbunden mit der sprachlichen Relativierung der NS-Gewaltherrschaft und dem Versuch, die Verhafteten in eine gesamtdeutsche Demokratieggeschichte einzuschreiben, ist die Auseinandersetzung um die ehe-

malige Speziallagerinsassin Gisela Gneist (1930–2007). Die frühere Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V.“ wurde 2020/2022 entgegen nationaler und internationaler Proteste verschiedener Institutionen mit einer Straßenbenennung in Oranienburg geehrt, über deren Konfliktgenese Enrico Heitzer informiert.

Der vorliegende Band versteht sich als Anregung, die geschichtskulturelle Debatte um die sowjetischen Speziallager durch eine lokalgeschichtliche Perspektive zu konkretisieren. Nicht alle Fragen, die einer intensiveren Auseinandersetzung und eigenständiger Artikel bedurft hätten, können an dieser Stelle in angemessener Form behandelt werden. Ein wichtiges Thema für eine tiefgehende Analyse wäre beispielsweise das Wirken des Jahrgangs 1929 in der erinnerungskulturellen Arbeit vor Ort. Als Jugendliche u. a. wegen ihrer Teilnahme an der paramilitärischen Ausbildung in „HJ-Wehrrüchtigungslagern“ von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und interniert, gehörten sie um 1989/90 – nun gerade ins Rentenalter tretend – zu den aktivsten Akteur:innen bei der Setzung von Erinnerungszeichen. Auch als Zeitzeug:innen dominierten sie in den 1990er Jahren die Wahrnehmung sowjetischer Verhaftungen. Ein weiterer Punkt, der zumeist nur am Rande und nicht in ausreichender Form behandelt werden konnte, betrifft die künstlerische Gestaltung der gesetzten Gedenktafeln und -steine, die sich häufig an den „konservativen Denkmälern“ der 1950er Jahre orientiert.

Dank

Kein Vorhaben kommt ohne die Hilfe von außen – in finanzieller, materieller und ideeller Form – aus. Wir haben deshalb allen zu danken, die den Forschungsverbund „Diktaturerfahrung und Transformation. Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“ und das zugehörige Teilprojekt „Gedenken ohne Wissen? Die sowjetischen Speziallager in der postsozialistischen Erinnerungskultur“ in den letzten Jahren unterstützten: dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Freistaat Thüringen, der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Stiftung Ettersberg, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Erfurt.

Für die gute Zusammenarbeit bei der Sichtung wichtiger Archivalien und Periodika danken wir Uta Ninnemann und Dr. Jens Riederer vom Stadtarchiv Weimar, Marion Igl vom Stadtarchiv Reichenbach/Vogtland, Andrea Tischer und Dr. Iris Helbing vom Stadtarchiv Meiningen sowie den Kolleg:innen des Stadtarchivs Erfurt, des Kreisarchivs des Erzgebirgskreises Aue, des Landesarchivs Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar, des Staatsarchivs Chemnitz und des Bundesarchivs Berlin/Koblenz. Ferner gilt unser Dank Dr. Matthias Buchholz und Sylvia Griwan von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Bert Pampel von der Dokumentationsstelle Dresden, Dr. Saskia Paul und Balthasar Dusch vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig, Martina Seidel und Dr. Jörg-Uwe Fischer vom Deutschen Rund-

funkarchiv sowie den Kolleg:innen der Gedenkstätte Bautzen und der Klassik Stiftung Weimar/Herzogin Anna Amalia Bibliothek Weimar. Bei der Recherche zahlreicher historischer Bildaufnahmen unterstützte uns Claudia Keßler von der Mediengruppe Thüringen Verlag GmbH. Den Entstehungsprozess der Publikation und das Korrektorat begleiteten kritisch, produktiv und stets geduldig Katharina Brand, Rene Emmendorffer, Anita Ganzenmüller, Holm Kirsten, Stefan Lochner und Sylvia Vogelsberg sowie alle beteiligten Autor:innen.

Die Herausgeber:innen

Anmerkungen

- 1 Hans-Christian Köllmer übernahm von 1994 bis 2012 als Mitglied der Freien Wählergemeinschaft „Pro Arnstadt“ das Amt des Oberbürgermeisters von Arnstadt. Er fiel überregional durch seine Nähe zum österreichischen Politiker Jörg Haider auf. Vgl. Sundermeyer, Olaf: Ein Bürgermeister auf Haiders Spuren, online: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/rechtspopulismus-arnstadt?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, letzter Zugriff: 6. Juni 2023.
- 2 <https://verbund-dut.de/verbund/>, letzter Zugriff: 2. Juni 2023.



77er-Denkmal vor dem Celler Rathaus am Volkstrauertag, 15. November 2020. Fotograf: Jens-Christian Wagner.

Jens-Christian Wagner

GEDENKEN BRAUCHT WISSEN

Plädoyer für ein reflexives Geschichtsbewusstsein

„HIER WOHNTE – HUGO DORNHOFER – JG. 1896 – BERUFSVERBOT 1933 – ZWANGSVERPFLICHTET – KZ MITTELBAU DORA 1944 – ÜBERLEBT“. Wer den Text auf dem 2009 in Heiligenstadt verlegten Stolperstein las, musste davon ausgehen, dass es sich um die Ehrung für einen Häftling aus dem KZ Mittelbau-Dora handelte. Tatsächlich war Hugo Dornhofer nie Insasse eines Konzentrationslagers. Vielmehr hatte er sich in Mittelbau-Dora zwischen 1943 und 1945 als dienstverpflichteter Bauleiter, dem beim Ausbau des unterirdischen Raketenerks Hunderte, wenn nicht Tausende KZ-Häftlinge unterstanden, auf der anderen Seite des Zauns befunden, auch wenn er im Spätsommer 1944 nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat (mit dem er nichts zu tun hatte) vorübergehend in Polizeihaft genommen worden war. 1945 war Dornhofer Mitbegründer der CDU in Thüringen und ab 1946 stellvertretender Landesvorsitzender. 1948 musste er auf Druck der Sowjetischen Militäradministration jedoch zurücktreten und geriet immer mehr in Opposition zum SED-Staat. 1952 wurde er festgenommen und 1953 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, aus dem er 1956 vorzeitig entlassen wurde.¹

Hugo Dornhofer war ein Opfer der stalinistischen Verfolgung in der frühen DDR. Ihn in gleicher Weise als NS-Opfer darzustellen, wäre hingegen nicht angemessen. Als 1933 entlassener christlicher Gewerkschaftsfunktionär war der überzeugte Katholik zwar zweifellos kein Nationalsozialist. Gleichwohl stand er im KZ Mittelbau-Dora als „Gefolgschaftsmitglied“ der von Albert Speers Rüstungsministerium und der SS gegründeten Mittelwerk GmbH² auf der Seite der Täter – auch wenn er sich nicht persönlich an Misshandlungen gegenüber Häftlingen beteiligt hat.

Die historische Evidenz hinderte die Verantwortlichen für die Stolpersteinverlegung im katholischen Eichsfeld nicht daran, zu suggerieren, Dornhofer habe Mittelbau-Dora als Häftling überlebt. Ganz ähnlich formulierte es 1998 die katholische Wochenzeitung „Tag des Herrn“: „1943 dienstverpflichtet zur WiFo-Außenstelle Mittelwerke Dora, nach Hitlerattentat (20. Juli) im Herbst 1944 verhaftet, Zwangsarbeit im KZ Mittelbau Dora.“³ Und 2013 wurde Hugo Dornhofer gar als „Verfolgter in zwei Diktaturen“ zu einer symbolischen Station der vom Thüringer Justizministerium unter Minister Holger Poppenhäger (SPD) ins Leben gerufenen

Jens-Christian Wagner

„Thüringer Straße der Menschenrechte und der Demokratie“.⁴

Ein Stolperstein für einen für den Einsatz von KZ-Häftlingen mitverantwortlichen Bauleiter, der auf der „Straße der Menschenrechte“ geehrt wird – wie kann das sein? Sicherlich ist es ein ausgesprochen bizarrer Fall von Geschichtsvergessenheit bzw. verzerrter Geschichtsdarstellung. Er fügt sich aber ein in das Gesamtbild einer oftmals von Relativierung, Schuldabwehr und Selbstviktimisierung geprägten öffentlichen Präsentation der Geschichte nationalsozialistischer Verbrechen und ihrer Folgen nach 1945 – nicht nur in den ersten Nachkriegsjahrzehnten,⁵ sondern bis in die Gegenwart.

Davon zeugt ein weiteres Beispiel aus der ostthüringischen Stadt Zeitz. Dort ließ der deutsche Zweig der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial Ende Mai 2023 im Zuge des Projekts „Letzte Adresse“ (eine aus Russland übernommene Adaption des deutschen Stolpersteinprojekts) eine Tafel für Arthur Jubelt anbringen.⁶ Jubelt war Ende April 1945 nach der Befreiung von Zeitz von den Amerikanern als Bürgermeister eingesetzt worden. Nach der Übergabe Thüringens an die Sowjetische Militäradministration hatte er diesen Posten verloren und war im September 1945 in das Speziallager Buchenwald eingewiesen worden, in dem er Ende 1947 starb. Jubelt war Opfer des Unrechts in der SBZ bzw. im Speziallager Buchenwald. Darauf soll die Plakette der „Letzten Adresse“ hinweisen. Ausgeblendet wird mit dieser Form der Ehrung aber, dass Jubelt 1923 als junger Mann den Hitler-Putsch in München und später als Verleger völkischer Schriften das deutsch-nationale Milieu unterstützt und damit zum Ende der

Republik mit beigetragen hatte. Während des Nationalsozialismus war er schließlich bis 1943 Herausgeber einer gleichgeschalteten Zeitung und trug so – ob gewollt oder nicht, sei dahingestellt – zur Machtfestigung und -erhaltung des Regimes bei.⁷ Die Initiator:innen hinderte das nicht, mit einer Tafel ohne jegliche weitere Kontextualisierung an ihn zu erinnern.⁸

Auch etliche im vorliegenden Band vorgestellte Beispiele zeigen, dass der kritische Blick auf ambivalente und sperrige Biografien bisweilen durch ideologisch geprägte Geschichtsbilder verstellt wird, die wenig Überschneidungen mit der historischen Evidenz haben oder selektiv einzelne historische Versatzstücke herausgreifen und in aktuelle politische Sinnstiftungen einbetten – eine Vorgehensweise, die allerdings kein Alleinstellungsmerkmal rechtskonservativer oder NS-apologetischer Geschichtspolitik ist, sondern sich als roter Faden durch die Präsentation von Geschichte in Medien und Öffentlichkeit zieht, ob es nun Kriegerdenkmäler der 1920er und 1930er Jahre betrifft⁹ oder die Geschichtspolitik der SED, die das Narrativ des antifaschistischen Widerstandes u. a. im KZ Buchenwald zur Legitimation ihrer Herrschaft nutzte.¹⁰

Von solcherart ideologischer Geschichtspolitik setzt sich die Erinnerungskultur der Berliner Republik offensichtlich ab. International gilt der deutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit seit den 1990er Jahren deshalb vielen als Erfolgsmodell,¹¹ und auch in Deutschland begegnet man vielfach wachsendem Bewältigungsstolz. Dennoch – oder vielleicht auch gerade deshalb – macht sich bei kritischen Beobachter:innen, teils auch innerhalb der Gedenkstätten, zunehmend ein Unbehagen an der ak-

tuellen Erinnerungskultur breit. Es speist sich zum einen aus Kritik an ritualisierten, pathoshaften Beschwörungsformeln im politischen und gesellschaftlichen Diskurs und zum anderen – mit Blick auf die Arbeit innerhalb der Gedenkstätten – teils auch aus Defiziten der Gedenkstätten didaktik.¹²

Das Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur fängt schon mit dem Begriff des Erinnerns an. Sicherlich: In der Kultur- und auch in der Geschichtswissenschaft haben sich Denk- und Analysekonzepte des kollektiven oder auch des kulturellen Gedächtnisses durchgesetzt.¹³ In des Wortes eigentlicher Bedeutung können wir uns aber nur an etwas erinnern, was wir selbst erlebt haben. An was sollen sich aber 16-jährige Schüler:innen erinnern, wenn sie eine NS-Gedenkstätte besuchen? Auf sie wirkt der Appell, sich an etwas zu „erinnern“, was aus Altersgründen selbst ihre Großeltern nicht mehr selbst erlebt haben, als eine Überforderung, die – im Sinne der Mahnung – zusätzlich auch noch moralisch aufgeladen ist.

Zugleich schwingt beim Begriff des „Erinnerns“ etwas Affirmatives mit, als gäbe es nur die *eine* Geschichte und die *eine* Lehre, die wir daraus zu ziehen haben. Geschichte geht aber nicht in Erinnerung auf. Geschichte ist komplexer als Erinnerung. Wer dieser Komplexität gerecht werden will, wer wissenschaftlich differenziert auf Geschichte blickt, der erinnert nicht, sondern setzt sich kritisch mit der Geschichte auseinander – nach allen Regeln der Quellenkritik.

Im öffentlichen und politischen Diskurs meint „Erinnern“ aber leider viel zu selten „Sich-Auseinandersetzen“, sondern allzu häufig bloßes Trauern, ohne nach

den Hintergründen zu fragen und ohne die historische Abfolge von Ursache und Wirkung zu beachten. So kommt es dann zur Gleichsetzung von stalinistischen und nationalsozialistischen Verbrechen sowie von Ermordeten im Holocaust mit den deutschen Opfern von Luftkrieg, Flucht und Vertreibung sowie alliierter Besatzungsherrschaft im Allgemeinen und sowjetischer Besatzungsherrschaft und SED-Diktatur im Besonderen. Bei weitem ist diese Form der öffentlichen Repräsentation von Geschichte nicht nur ein Phänomen der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Vielmehr schließt sie nahtlos an westdeutsche Deutungs- und Darstellungsmuster an, die in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem noch durch die Schuldabwehr geprägt waren und in eine ebenso vereinfachende wie doktrinär verwendete Totalismustheorie eingebettet wurden, indem die nationalsozialistischen Verbrechen ausdrücklich anerkannt, zugleich aber mit Verweis auf Unrecht an Deutschen nach 1945, u. a. in der SBZ/DDR, relativiert wurden.

Ein typisches Beispiel dafür ist ein 1922 eingeweihtes Denkmal für das Infanterieregiment 77 in der niedersächsischen Kreisstadt Celle. Anfang des 20. Jahrhunderts hatten Freiwillige aus dem Regiment sich an der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China und am Völkermord an den Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika beteiligt. 1914 war das Regiment für ein Massaker an Zivilisten in der belgischen Stadt Tamines verantwortlich, dem u. a. 44 Kinder zum Opfer fielen. „Den im Weltkriege / 1914–1918 / gefallenen Helden / zum ehrenden / Gedächtnis / dem ruhmreichen / Regiment zum / Andenken“ lautet der ursprüngliche

Jens-Christian Wagner

Widmungstext des Denkmals. In den 1990er Jahren wurde er durch eine Bronzetafel ergänzt, auf der es heißt: „Den Toten und Opfern der Kriege, / der Gewaltherrschaft, der Vertreibung, des Terrors / und der politischen Verfolgung gewidmet“. Damit wird – politisch vermeintlich korrekt – die Entdifferenzierung auf die Spitze getrieben: Unterschiedslos werden Opfer, Täter sowie Verfolgte ganz unterschiedlicher Epochen geehrt.¹⁴

Eine derartige Entkontextualisierung zeigt sich jedoch nicht nur beim relativierenden Blick auf den Nationalsozialismus und das Nachkriegsunrecht gegenüber Deutschen. Auch die sogenannte Holocaust Education ist nicht frei davon. Die Shoah, also die Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus, ist in den vergangenen drei Jahrzehnten – teils mit affirmativer Stoßrichtung – zur universalen Chiffre für das Thema Gesellschafts- und Regimeverbrechen geworden und wird bisweilen der Auseinandersetzung mit ganz anderen Verbrechen übergestülpt und damit historisch entkontextualisiert. Selbst Überlebendenverbände schließen sich solchen Deutungen an. Im Mitteilungsblatt der französischen Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes (FNDIRP) etwa hieß es im Februar 2016 unter der Überschrift „Die universelle Botschaft von Auschwitz“, der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar, zugleich internationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, sei „auch der Erinnerung an die Opfer aller Genozide und der Prävention gegen jegliche Verbrechen gegen die Menschheit gewidmet“.¹⁵

Sicherlich ist es für die Erkenntnisbildung zwingend erforderlich, Vergleiche zwischen verschiedenen

Formen des Genozids und staatlicher Massengewalt anzustellen, allein schon, um falsche historische Analogiebildungen zu vermeiden. Um den Völkermord in Ruanda oder die Terrorherrschaft der Roten Khmer in Kambodscha zu analysieren bzw. in den jeweiligen Ländern innergesellschaftliche Diskurse darüber anzuregen, braucht man jedoch nicht die didaktische Folie der sogenannten Holocaust Education. Eine so verstandene Holocaust Education kann in ahistorischer Universalisierung, in einer Öffnung „teilweise bis ins Absurde“¹⁶ münden.

Zur nivellierenden Entkontextualisierung trägt auch die zunehmende Personalisierung in der Präsentation von Zeitgeschichte bei. Dazu gehört der Hype um die „Zeitzeugen“, die berichten, wie sie historische Ereignisse erlebt haben.¹⁷ Oftmals wird „Zeitzeuge“ dabei als Synonym für „Überlebender“ verwendet. Was anfangs insbesondere in der Alltagsgeschichte emanzipatorisch gemeint war – in Abgrenzung von der Herrschaftsgeschichtsschreibung sollte den Namenlosen eine Stimme gegeben werden –, trägt zunehmend affirmative Züge. Zeitzeugenberichte sollen einen personalisierten, emotionalen Zugang zur Geschichte bieten, werden aber häufig nicht als historische Quellen hinterfragt, insbesondere nicht im öffentlichen und politischen „Erinnerungs“-Diskurs. Auch in der medialen und musealen Aufbereitung dienen sie meist eher der Bestätigung des von Journalist:innen oder Ausstellungskurator:innen Gesagten denn als eigene erfahrungsgeschichtliche Perspektive.¹⁸ Quellenkritik, so scheint es, ist etwas für die Wissenschaft, nicht aber für den Topos der „Erinnerung“, ein Begriff, der sowohl im Sinne politisch-mora-

lischer Mahnung als auch als individuelles Gedächtnis verstanden werden kann. Die „normative Rhetorik der Erinnerung“ (Volkhard Knigge)⁹⁹ mündet so in Beliebigkeit und Urteilslosigkeit.

Erschwerend kommen die Sakralisierung der Zeitzeug:innen und die Identifikation mit ihnen hinzu. Insbesondere Shoah- und KZ-Überlebenden wird – zu Recht – ein hohes Maß an moralisch-politischer Autorität zugebilligt. Gleichzeitig interessiert es viele aber gar nicht, was die Überlebenden berichten. Sie werden nicht als Akteur:innen ernst genommen, sondern dienen der emotional-affektiven Ausschmückung – und häufig auch der Entlastung, indem die emotionale Identifikation mit dem Opfer dessen Geschichte aus dem historischen Kontext löst und den Blick auf die Frage verstellt, warum der Mensch überhaupt zu einem Opfer wurde und wer und was dafür verantwortlich war. Zugleich öffnet die historische Entkontextualisierung den Raum für die Verfälschung und Instrumentalisierung der Geschichte und ihrer Opfer. So konnte sich etwa Anfang 2021 eine AfD-Landtagsabgeordnete in einem Video vor großformatigen Porträts von KZ-Überlebenden am Thüringer Landtag postieren und behaupten, das Vermächtnis der KZ-Überlebenden sei es, „dass wir heute dafür sorgen, dass es nie wieder von deutschem Boden ausgehend zu solchen Auswüchsen, zu solchen Katastrophen kommt, und [wir] werden uns jeder Art von aufkommendem Totalitarismus ganz entschieden entgegenstellen.“²⁰ Gemeint war damit, auch wenn es nicht explizit angesprochen wurde, der Kampf gegen die angebliche „Corona-Diktatur“ und die rot-rot-grüne Landesregierung. Vollkommen ausgeblendet



Sharepic der AfD-Bundestagsfraktion, 27. Januar 2023.
Screenshot: <https://twitter.com/AfDimBundestag/status/1618881498882478081>, letzter Zugriff: 30. Januar 2023.

wurde dabei alles, was zu den NS-Verbrechen führte: mörderischer Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus, Antiliberalismus, Verheißungen der Ungleichheit, Nationalismus sowie Eroberungs- und Vernichtungsphantasien. Ganz ähnlich ein Post der AfD-Bundestagsfraktion zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023: „Wir gedenken aller Opfer des Holocaust“, ist da zu lesen, und darunter sind Fotos von hochrangigen AfD-Abgeordneten abgebildet, die einen Zettel mit der Aufschrift „#weremember“ in die Kamera halten.²¹ Hier wird die Entkontextualisierung auf die Spitze getrieben und das

Jens-Christian Wagner

Schlagwort von der „Erinnerung“ zu einer ahistorischen Worthülle degradiert.

Die gezeigten Beispiele – von Dornhofer als angeblichem NS-Opfer und der Jubelt-Tafel in Zeitz über nivellierende Denkmäler bis zur Holocaust-„Erinnerung“ der AfD – zeigen einen instrumentellen Umgang mit der Geschichte für heutige politische Zwecke, im letzteren Fall für demokratiefeindliche Absichten. Aber auch Akteur:innen mit – im Sinne der Menschenrechts- und Demokratieverziehung – gut gemeinten Zielrichtungen können Geschichte missbrauchen. Vor allem in Kultusministerien, aber auch unter Politiker:innen herrscht bisweilen die Erwartung vor, die „Erinnerung“ an die NS-Verbrechen und an das SED-Unrecht sowie der Besuch von Gedenkstätten imprägnierten gegen demokratiefeindliche Ideologien. Damit wird aber letztlich sinnloses Leiden, wird heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Teleologie eingelesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Gegenwart oder Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Nicht selten gehen solche Deutungsmuster mit affirmativen Tendenzen einher, die unser heutiges politisches und soziales System legitimatorisch untermauern sollen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten aber ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen. Etliche Opfer des Unrechts im sowjetischen Speziallager Buchenwald wiederum waren alles andere als glühende Verfechter der liberalen Demokratie. Letztlich ist es damit eine Instrumentalisierung der Opfer und Kenn-

zeichen eines eben nicht reflexiven, sondern affirmativen Geschichtsverständnisses, unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten zu verkaufen. Wie stark dieser Weg in die Irre führt, haben bereits die Geschichtsideologen in der DDR gezeigt, die die Gedenkstätten zu Bühnen staats- und parteilegitimierender Selbstdarstellung ausbauten.

Seriöse Gedenkstättenarbeit ist keine Agit-Prop-Veranstaltung und auch keine Staatsbürgerkunde unter freiheitlich-demokratischen Vorzeichen. Sie setzt auf Reflexion statt auf Indoktrination. Ziel ist es, historische Urteilskraft und Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft zu stärken. Vielleicht etwas plakativ formuliert: *Erkenntnis* ist das Ziel, nicht *Bekanntnis*. Voraussetzung ist zunächst einmal die Vermittlung historischen Wissens. Doch Geschichtsbewusstsein ist mehr als bloßes Faktenwissen. Es bedeutet, sich der Prozessualität von Geschichte und Gegenwart sowie der historischen Bedingtheit unseres eigenen Lebens bewusst zu sein. Dazu gehört das Bewusstsein dafür, dass der Blick auf die Geschichte kein objektiver sein kann, sondern immer geprägt ist von gegenwärtigen moralischen und politischen Vorstellungen sowie gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Ordnungen.²² Schließlich bedeutet Geschichtsbewusstsein auch, multiperspektivische Zugänge zur Geschichte zu suchen und sich darüber im Klaren zu sein, dass die Geschichtsschreibung und die Repräsentation von Geschichte in Medien und Öffentlichkeit immer einen konstruktiven Charakter haben: Die historische „Wahrheit“ gibt es nicht, sondern immer nur eine Annäherung an das historische Geschehen und

seine zeitgenössische wie auch heutige Wahrnehmung. „Die Historie enthüllt uns“, schrieb der Historiker Hans Petschar, „daß die Wahrheit so viele Gesichter hat, wie es Geschichten gibt (und mehr Geschichten als Historiker). Die Wahrheit in der Geschichte ist nichts anderes als dies: eine Weise der Anschauung.“²³

Geschichte ist anfällig für selektive Deutungen und für eine Instrumentalisierung zu aktuellen politischen Zwecken. Kaum etwas zeigt das deutlicher als die Denk- und Ehrenmale für die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Gerade deshalb bietet die Beschäftigung mit ihnen im Rahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit große didaktische Potentiale. Als in Stein gehauene oder in Metall gegossene Geschichtsbilder dokumentieren sie den zeitgenössischen kollektiven oder partikularen Blick auf die Geschichte, sie sind zugleich Denkmale *an* die Zeit und *aus* der Zeit. Sie sind

also sowohl zeitgenössische Deutungen als auch selbst historische Quellen und damit bestens geeignet für eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart. Voraussetzung ist historisches Wissen, das es erlaubt, diese historischen Quellen nach allen Regeln der Quellenkritik zu analysieren, also Wissen nicht nur über die historischen Ereignisse, an die mit dem Gedenkzeichen erinnert wird, sondern auch um die Entstehungsbedingungen des Denkmals und die Verortung seiner Stifter. Auch heutige Perspektiven auf das Denkmal und seinen historischen Gegenstand müssen dabei berücksichtigt werden. Methodisch kann das im Rahmen intensiven forschenden Lernens geschehen, und das nahezu überall im wahrsten Sinne vor der eigenen Haustür, denn die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts ist über ihre Repräsentation im öffentlichen Raum nahezu omnipräsent.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die – zu Mittelbau-Dora vorwiegend auf autobiografischen Nachkriegsaufzeichnungen Dornhofers basierende – Studie von Thomas Speckmann: Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977, Rudolstadt/Jena 2003, S. 94–109. Der Historiker und „sachkundige Bürger der CDU-Fraktion im Erfurter Stadtrat“ Steffen Raßloff brachte 2020 im Rahmen der Straßennamendiskussion eine Umbenennung der Erfurter Ernst-Thälmann-Straße ins Spiel und schlug eine Benennung nach Dornhofer vor. Siehe Decolonize stellt bisherigen Konsens zur Diskussion, in: Thüringer Allgemeine (Erfurt), 1./2. Mai 2020; Diskussion um Straßennamen: Kann Thälmann ein Vorbild sein?, in: Thüringer Allgemeine (Erfurt), 13. Mai 2020.
- 2 Vgl. Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, aktualisierte Neuauflage, Göttingen 2015, S. 194–201.
- 3 Tag des Herrn 48 (1998) 16, online: https://archiv.tag-des-herrn.de/archiv_1996_bis_2007/artikel/4365.php#gsc.tab=0, letzter Zugriff: 2. Januar 2023.
- 4 Vgl. Straße der Demokratie hat zwei Stationen im Eichsfeld, in: Thüringer Allgemeine, 5. Dezember 2013. Die Website der „Straße der Menschenrechte“ mit der Begründung der Jury zur Titelergabe ist nicht mehr online.
- 5 Vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- 6 Vgl. Ehre einem Denunzierten, in: Mitteldeutsche Zeitung (Zeit), 27./28. Mai 2023.
- 7 Vgl. Richter, Hans-Joachim: Passion Zeit. Arthur Jubelt. Vision und Wirklichkeit, Leipzig/Zeit 2015, S. 48, 74; s. a. Ulbricht, Justus H.: Das völkische Verlagswesen im deutschen Kaiserreich, in: Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München u. a. 1996, S. 277–301, hier S. 282 f.
- 8 Zur Erinnerung an Arthur Jubelt siehe auch den Beitrag von Christina Ramsch und Franz Waurig im vorliegenden Band.
- 9 Vgl. etwa Koch, Jörg: Von Helden und Opfern. Kulturgeschichte des deutschen Kriegsgedenkens, Darmstadt 2013.
- 10 Vgl. Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995; Knigge, Volkhard: Opfer, Tat, Aufstieg. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR, in: Ders./Pietsch, Jürgen-Maria/Seidel, Thomas A. (Hg.): Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmahl von 1958, Bd. 1, Spröda 1997, S. 5–94; sowie einordnend Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017.
- 11 Vgl. etwa Neiman, Susan: Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können, München 2020.
- 12 Vgl. auch im folgenden Wagner, Jens-Christian: NS-Gesellschaftsverbrennen in der Gedenkstättenarbeit, in: Schmichen-Ackermann, Detlef/Buchholz, Marlis/Roitsch, Bianca u. a. (Hg.): Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 421–437.
- 13 Der Begriff „kulturelles Gedächtnis“ (im französischen Original „mémoire collective“) bezeichnet die historische Erinnerung in der Gesellschaft und wurde von dem Soziologen Maurice Halbwachs geprägt, der 1945 als Häftling im KZ Buchenwald starb. Unter anderen haben Jan und Aleida Assman das Konzept mit der Unterteilung in das kommunikative und das kulturelle Gedächtnis ausdifferenziert. Vgl. etwa Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2017.
- 14 Seit 2017 informiert eine Infosteile neben dem Denkmal über die belastete Geschichte des Infanterieregiments 77. Gleichwohl wird an dem Denkmal bis heute die zentrale städtische Kranzniederlegung zum Volkstrauertag vorgenommen.
- 15 Le Patriote Résistant (2016) 905, Titelseite (Übersetzung aus dem Französischen durch den Verfasser).
- 16 Gryglewski, Elke: Gedenkstättenarbeit zwischen Universalisierung und Historisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (2016) 3–4, S. 23–28, hier S. 26. Die Universalisierung der Holocaust Education hingegen positiv wertend Levy, Daniel/Sznaider, Natan: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt/Main 2001.